

**Christina Küsters
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**

**Sperrfrist: 20. Feb. 2025
17.00 Uhr**

Rede
zur Verabschiedung
des Haushaltes 2025
am
20. Februar 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir befinden uns in unstillen Zeiten. Viele innen- und außenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Nachrichten bewegen uns und neue Herausforderungen treten kontinuierlich zu Tage. Nach dem unrühmlichen Ende der Ampelregierung muss sich die Politik in Berlin mit den bevorstehenden Neuwahlen erst wieder sortieren.

In Mülheim an der Ruhr aber arbeiten wir seit über 4 Jahren in einem schwarz-grünen Bündnis gemeinsam mit der Verwaltung unaufgeregt und verlässlich zum Wohle unserer Stadt.

Seit knapp 1.500 Tagen gestalten wir in Mülheim an der Ruhr in einem schwarz-grünen Bündnis verantwortungsvolle, nachhaltige und abgewogene Politik.

In den Jahren 2021-2024 sind insgesamt fast 600 gemeinsame gestalterische Initiativen, Anträge und Anfragen im Rat der Stadt bzw. in den Ratsgremien und Bezirksvertretungen 1-3 auf den Weg gebracht worden.

An der Seite dieses Bündnisses steht eine funktionierende, rührige Verwaltung und an ihrer Spitze ein Oberbürgermeister, im ständigen Dialog mit den verschiedensten Interessenvertretungen, Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Verantwortlichen und der Politik. Immer im Einsatz, offen, zugewandt und lösungsorientiert.

Lieber Marc, herzlichen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz!

Wir können stolz auf unsere Heimatstadt und das Erreichte sein.

In den vergangenen vier Jahren haben wir viele wegweisende Entscheidungen auf den Weg gebracht und mit der Verwaltung einiges erreichen können.

In all den Jahren haben wir ausgeglichene Haushalte beschlossen, die im Übrigen immer die Zustimmung auch anderer Fraktionen fanden und die dann auch mit einem positiven Jahresergebnis abschlossen - und das trotz Pandemie und der außenpolitischen Lage.

Und: Ohne Steuererhöhungen!

Uns ist es gelungen, eine Zukunft des Flughafens zu sichern und in vielen, vielen Gesprächsrunden auch mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Essen eine gute, die richtige Entscheidung für die weitere Entwicklung in diesem Bereich zu beschließen.

Die Vernetzung zwischen der Kommunalpolitik, Verwaltung und Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren wesentlich verbessert, der Mülheimer Wirtschaftspreis hat sich als herausragendes Format bekanntgemacht.

Kluges und abgestimmtes Handeln beim Vorgehen um die ehemalige Vallourec-Fläche hat sich bezahlt gemacht.

Klug war es zudem auch, die Feuerwache in kommunales Eigentum zu überführen..

Die Neugestaltung des Rathausmarktes ist beschlossen und die Entwicklung der Ruhrbania-Baufelder 3 und 4 ist auf den Weg gebracht.

In Heißen wird fleißig am Neubau des Hallenbad Heißen gearbeitet. Das Schwimmbad links der Ruhr ist auf Initiative der Kooperation erstmalig ein ganzes Stück weiter gekommen, und nach Jahrzehnten ist ein Baden in der Ruhr endlich wieder möglich.

Nach langem Ringen gemeinsam mit den Sportlerinnen und Sportlern sind zwei Kunststofflaufbahn an den Start gebracht.

Die Sanierung von Schulgebäuden wird in Mülheim an der Ruhr konsequent verfolgt.

Gemeinsam ist es zudem gelungen, die OGS-Plätze von 2.505 Plätzen im Schuljahr 2020/2021 auf rund 3.900 Plätze zum im Sommer startenden Schuljahr zu steigern.

Dies ist ein Zuwachs von 56 Prozent.

Die IT-Sicherheit unserer Stadt haben wir verstärkt in den Blick genommen.

Trotz der seit langem angespannten Wirtschaftslage in unserem Land, ist die Arbeitslosigkeit im Spätsommer und Herbst des vergangenen Jahres kontinuierlich gesunken. Eine Nachricht, die auch im Vergleich zu den Nachbarstädten hocheifrig war. Zwischenzeitlich stach Mülheim mehrfach damit heraus, als einzige Stadt sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch zum Vorjahresmonat ein Minus zu verzeichnen. Berichtet wurde darüber übrigens leider nicht. -Wohl aber über den nicht ungewöhnlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Jahreswechsel, der insbesondere mit dem verstärkten Auslaufen befristeter Verträge erklärt werden kann.

Und dabei sind die Herausforderungen, meine Damen und Herren, in Zeiten der Krisen, ja der Kriege, enorm.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die Kostensteigerungen betreffen uns als Kommune direkt und auch mittelbar über die Menschen, die in ihr leben, arbeiten und konsumieren. Unsere Unternehmen leiden unter unnötigen bürokratischen Hürden und Dokumentationspflichten, mangelnder Flexibilität und langen Verfahren, die Zeit, Geld und Personal binden.

Eine Altschuldenlösung, die wir seit Jahren hier an diesem Pult unisono fordern, ist vom Bund entgegen der Versprechungen der Ampelregierung ausgeblieben - drei Jahre sind ins Land verstrichen, ohne dass ein konkreter Vorschlag von der Bundesregierung hierzu zur Abstimmung vorgelegt wurde. Der Bund hat mit seiner Sozialgesetzgebung wesentlich zum Aufwuchs der kommunalen Kassenkredite beigetragen und muss endlich, wie zugesagt, einen Beitrag zur Lösung übernehmen.

Die schwarz-grüne NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst hat dabei bereits im Juni 2024 die Initiative ergriffen und die Bereitschaft des Landes erklärt, ab 2025 jährlich eine viertel Milliarde Euro für die Tilgung der kommunalen Altschulden zur Verfügung zu stellen. Nachdem das Land NRW seinen Beitrag zur Lösung zugesagt hat, muss nun endlich auch der Bund liefern!

Das Problem der kommunalen Altschulden ist zu wichtig, als dass es lediglich zu Wahlkampfzwecken missbraucht wird, und, wie vor wenigen Wochen Anfang Januar, unabgestimmte Entwürfe und Vorschläge gemacht werden, die es nicht einmal bis zur Beratung in den Deutschen Bundestag schaffen. Wir brauchen endlich eine nachhaltige und mit Finanzmitteln unterlegte Lösung - im Sinne der Kommunen und unserer Stadt am besten über alle demokratischen Partei- und auch Bundesländergrenzen hinweg.

Es bleibt zudem dabei, dass uns nach wie vor Aufgaben übertragen sind, die der Bund und das Land nicht im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Konnexität komplett der Kommune erstatten. Und auch das ist an dieser Stelle von diesem Pult aus von vielen Rednern bereits gesagt worden und gilt leider noch immer.

Doch all' dieses zum Trotz:

Heute liegt der Haushalt für das Jahr 2025 zum Beschluss vor uns - und auch heute wird es uns gelingen, diesen mit einem positiven Ergebnisplan zu beschließen.

So war es der Kooperation in der gesamten aktuellen Ratsperiode durch ein seriöses, an den Einnahmen orientiertes Ausgabeverhalten möglich, jeweils einen Etat zu beschließen, der trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einem positiven Ergebnis geplant und auch abgeschlossen werden konnte.

Die nach Beendigung des Stärkungspaktes wiedererlangte Handlungsfähigkeit möchten wir für die Stadtgesellschaft weiter nutzen. Unser vorrangiges Ziel bleibt es, eine liebens- und lebenswerte Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Mir liegt es zunächst jedoch wirklich sehr am Herzen, noch einige Worte zu einer haushaltspolitischen Entscheidung zu sagen, die wir mit großer Mehrheit bereits vorab im letzten Jahr getroffen haben und die viele Mülheimerinnen und Mülheimer bewegt – unser Grundsteuerhebesatz. Mit unserer Entscheidung, den Hebesatz bei 890 % zu belassen, haben wir zugleich auf mehr als 8 Millionen Euro Steuereinnahmen verzichtet. Wir haben also nicht nur unser Wort gehalten, die Bürgerinnen und Bürger INSGESAMT nicht stärker zu belasten, sondern wir haben sogar INSGESAMT entlastet. Damit sind wir eine von ganz wenigen Kommunen in Deutschland.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Denn wir hatten zwischen drei Übeln zu wählen:

Wir hätten einen aufkommensneutralen Hebesatz von 1.064 % wählen können, was aber insbesondere Wohnungsnutzer zusätzlich belastet hätte. Das wollten wir vermeiden.

Wir hätten den Hebesatz differenzieren können und damit vor allem gewerblich geprägte Grundstücke belasten können, aber eben auch Mieter in Häusern, in denen sich eine Gewerbeeinheit - ein Bäcker, Metzger oder ein Cafe- befindet. Das wollten wir jedoch auch nicht, zumal wir, wie auch der NRW-Städtetag, hier zudem erhebliche rechtliche Risiken sehen.

Bleibt also die von uns favorisierte Variante, die aber den Haushalt deutlich belastet.

An dieser Stelle möchte ich dem Kämmerer herzlich danken. Denn erst seine, in Abstimmung mit den finanzpolitischen Sprechern von Schwarz-Grün, erfolgte vorausschauende Haushaltsführung der Vorjahre hat es uns überhaupt ermöglicht, trotz Millionenlochs bei der Grundsteuer, das dieses Vorgehen letztlich bedeutet, diesen Weg zu gehen. Die frühzeitige Bildung von Rückstellungen für absehbare Risiken, zum Teil

schmerzhafte Kürzungen in den Vorjahren, eine Ausgabenpolitik mit Augenmaß, getragen von der schwarz-grünen Mehrheit hier im Hause, haben uns ebenso geholfen, wie eine gegen den Trend stabile Gewerbesteuerentwicklung.

Auch nach dem Ende der Stärkungspaktrestriktionen begleiten uns weiter Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept. Die CDU-Fraktion begrüßt hierbei ausdrücklich die neue HSK-Maßnahme 193 zu den Hilfen zur Erziehung. Die weitere Steigerung dieser Etatposition um sage und schreibe 12,1 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr war nicht mehr tatenlos hinzunehmen. Bereits im letzten Jahr hatte unsere Fraktion diese Etatposition kritisch hinterfragt und Zweifel angemeldet, ob der Haushaltsansatz ausreicht. Leider wurde unserer Skepsis bestätigt: Sowohl die Zahl der Fälle als auch die Kosten je Fall sind stark gestiegen. Wir sprechen nun von Transferaufwendungen von 67 Millionen Euro - das sind mehr als 6 Prozent des Gesamthaushaltes. Und nur, wenn die HSK-Maßnahme wirkt, wird es gelingen, die Ausgaben bei rund 73 Millionen Euro zu deckeln.

Dahinter steht eine Entwicklung, die uns besorgen muss und die im Übrigen nicht nur unsere Kommune betrifft. Für Mülheim an der Ruhr gab es in 2019 noch 1.215 Fälle, in 2023 waren es schon 1.418 Fälle, und für 2025 wird mit 1.663 Fällen gerechnet. Korrespondierend dazu sind die Kosten gestiegen: 2019 waren es 39,7 Millionen Euro, 2023 dann 56,7 Millionen, nun sind es 67 Millionen. – Das sind 15 Millionen Euro mehr, als wir in diesem Jahr an Grundsteuern einnehmen. Hier ist Handlungsbedarf gegeben, daher unser „JA“ zu dieser HSK-Maßnahme, mit der es dann hoffentlich gelingt, die Steigerung zu begrenzen.

Mit unserem Haushaltsbegleit Antrag gelingt es uns, einige wichtige politische Akzente für unsere Heimatstadt zu setzen. Lassen Sie mich - exemplarisch- auf einige Punkte eingehen, die meiner Fraktion besonders wichtig sind.

Gerade bei den skizzierten, aktuell schwierigen Rahmenbedingungen, ist eine enge und vertrauensvolle Betreuung unserer Unternehmen vor Ort durch die Wirtschaftsförderung besonders wichtig. Eine gut ausgestattete Wirtschaftsförderung kann den Wirtschaftsstandort maßgeblich positiv beeinflussen und zudem positive Einflüsse auf die Arbeitsmarktsituation in Mülheim generieren.

Wir freuen uns daher sehr, dass es gelingt, zunächst eine zusätzliche Stelle für diese Aufgaben zu etablieren. Eine zweite wird folgen, sobald es das Personalbudget zulässt.

Der Zustand unserer Straßen ist nach wie vor erheblich verbesserungsbedürftig und muss trotz der haushaltlichen Lage dringend weiter in den Fokus genommen werden. Instandsetzungen müssen konsequent und nachhaltig erfolgen.

Nachdem wir vor kurzem zusätzlich gezielte Maßnahmen im Volumen von immerhin 1,5 Millionen Euro vorziehen konnten, wird mit dem vorliegenden Begleitbeschluss der Feuerwehrtopf für die Straßensanierung um 100.000 Euro aufgestockt.

Wir halten an dem Ziel fest, eine Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Ziel zu gründen, zunächst die Innenstadt und im Weiteren auch die Stadtteile zu entwickeln. Die ins Leben gerufene Flächenentwicklungsgesellschaft ist ein wichtiger Schritt, doch mittelfristig sind zusätzliche Mittel notwendig, um die wichtige Aufgabe der planungspolitischen Entwicklung unserer Stadt an einzelnen Stellen gezielt fördern zu können.

2024 wurde für den Stadtteil Styrum das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept verabschiedet. Für dieses haben wir als CDU-Fraktion lange gekämpft. Leider stehen im Etat der Stadt Mülheim keine finanziellen Mittel zur Umsetzung des gesamten Programmes zur Verfügung. Es gelingt jedoch, zusätzliche 150.000 Euro zur Planung und Fördermittelakquise zur Verfügung zu stellen.

Wir stärken unsere Bezirksvertretungen vor Ort durch die zusätzliche Bereitstellung von weiteren Mitteln für Spielgeräte, einen Basketballkorb und Bänke und geben Ihnen damit mehr Handlungsspielräume.

Mit einer zusätzlichen Stelle „Schul-IT“ verbessern wir die Kommunikation in IT-Fragen mit den Schulen und unterstützen eine moderne Ausgestaltung von Schülerverwaltung.

Wir bekennen uns, gerne, zu dem Impulsefestival und sichern seine Finanzierung in den nächsten Jahren ab.

Wir freuen uns sehr über die Wiedereröffnung unseres Kunstmuseums. Der Ausstellungsetat wird um zusätzliche 21.000 Euro auf dann 100.000 Euro erhöht, um den Erhalt guter und wettbewerbsfähiger Ausstellungsstücke zu fördern.

Für die Förderung der Erinnerungskultur werden dem Stadtarchiv Mittel in Höhe von 6.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Die im Rahmen des letztjährigen Haushaltsbegleitbeschlusses ins Leben gerufene Stelle der historischen Bildungsarbeit/Archivpädagogik ist sehr gut angelaufen. Ihre Arbeit unterstützen wir mit der Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Material und Sachmitteln.

Das Thema „Sport“ liegt uns ebenfalls sehr am Herzen. Es ist uns seit Jahren ein Herzensanliegen, das Schwimmbad links der Ruhr auf den Weg zu bringen. Es soll schnellstmöglich realisiert werden und die Kooperation hat in den vergangenen Jahren hierzu die ersten konkreteren Pflöcke einschlagen können. Nachdem wir im vergangenen Haushalt finanzielle Vorbereitungen zur Durchführung einer an die Machbarkeitsstudie anschließenden Planung getroffen haben, werden nun in den nächsten Jahren investive Mittel für die Realisierung bereitgestellt. In 2026 werden hierzu Mittel in Höhe von 50.000 Euro, in den Jahren 2027 und 2028 jeweils Mittel in Höhe von 100.000 Euro in die Haushaltsplanung aufgenommen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, Standorte für Mehrgenerationensportgeräte zu finden, sowie einen Standort für einen Trimm-dich-Pfad.

Meine Damen und Herren, zuletzt möchte ich auf einen ebenfalls sehr wichtigen Themenkomplex eingehen. Wir sorgen für mehr Sicherheit und Sauberkeit in Mülheim!

Mit der Zielsetzung einer gesteigerten öffentlichen Ordnung und im Hinblick auf den bereits eingetretenen Aufgabenzuwachs des Kommunalen Ordnungsdienstes und auch, um dem gestiegene gesellschaftlichen Schutz- und Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen, werden zunächst zwei zusätzliche Stellen beim KOD verankert. Zwei weitere werden folgen! Hierdurch wollen wir unter anderem auch weitere Bestreifungen in den Stadtteilen möglich machen.

Die wichtigen Aufgaben der zivilen Alarmplanung und des Hochwasserschutzes, der Sanierung unserer Deiche, bringen wir voran.

Ein gepflegtes Erscheinungsbild einer Stadt - unsere Stadt- wirkt nicht nur einladend und verbessert die Aufenthaltsqualität, sondern signalisiert auch Ordnung und Sicherheit.

Wir stellen daher Mittel zur Durchführung von Sonderreinigungen, sowohl im Innenstadtbereich als auch in den Stadtteilen, zur Verfügung und sorgen mit zusätzlichen Mitteln für den Grünschnitt dafür, dass in

diesem Jahr ein „Durchkommen“ auf dem Leinpfad für alle gewährleistet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
vor Ihnen liegt ein Haushaltsbegleitantrag, der von drei Fraktionen getragen wird. Das begrüßen wir wirklich sehr. Haushaltsbegleitanträge sind immer Kompromisse. Daher hat meine Fraktion an der einen oder anderen Stelle auch Bedenken zurückgestellt.

Ein großes Diskussionsthema bereits Ende des vergangenen Jahres, war die Frage der Bereitstellung städtischer Gelder für die Junior-Uni. Es steht außer Frage, dass die dort veranstalteten Kurse für die teilnehmenden Kinder ein großer Gewinn, lehrreich und Spaß bringend zugleich sind.

Mit der neuen Geschäftsführung und den ersten erfolgten unternehmerischen Neuentscheidungen, wie zum Beispiel der Anhebung der Kursgebühren auf ein immer noch moderates Maß, um jedenfalls die jeweiligen Materialkosten zu decken, verbinden wir die Hoffnung darauf, dass die finanzielle Schieflage nun überwunden werden kann.

Dennoch kann eine Förderung für uns nur unter der Voraussetzung der monatlichen Auszahlung der städtischen Mittel erfolgen. Eine über dieses Jahr hinausgehende finanzielle Unterstützung ist für uns sehr bewusst an eine Evaluation insbesondere der weiteren wirtschaftlichen, aber auch der pädagogischen Entwicklung geknüpft.

Wie gesagt, dieser Antrag ist ein Kompromiss von drei Fraktionen, den wir im Ganzen gerne mittragen.

An dieser Stelle darf ich mich daher ganz ausdrücklich auch bei der SPD-Fraktion dafür bedanken, dass Sie -nur wenige Tage vor der Bundestagswahl und mitten im Kommunalwahljahr- mit uns in vertrauensvolle Gespräche eingestiegen ist und Verantwortung für den Haushalt dieser Stadt mitübernehmen möchte.

Immer wieder ist es gut gelungen, dass wir über die Kooperation hinaus in „großen“ aber auch „kleinen“ Fragen gemeinschaftlich „marschiert“ sind. So haben wir uns zum Beispiel bei Fragen der Ruhrbahn eng abgestimmt.

Leider gibt es auch Gegenbeispiele, in denen Parteipolitik über die Sache gestellt wurde, so zuletzt zum Beispiel in der letzten Ratssitzung beim Themenkomplex Handlungskonzept Wohnen. Ich freue mich, dass es heute nicht so ist. Danke!

Für den Beschluss des heutigen Haushaltes gilt mein herzlicher Dank zu vorderst aber zunächst natürlich aber den Mitgliedern meiner Fraktion, den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und allen Ideen- und

Ratgebern der CDU-Fraktion, die sich in dem Verfahren zur Aufstellung eines soliden Haushaltes eingebracht haben. Ebenso den Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, die wie immer freundschaftlich und sachlich mit uns die unterschiedlichsten Ideen zum Mülheimer Haushalt diskutiert und Argumente für einzelne Positionen abgewogen haben. Seit über vier Jahren arbeiten wir noch immer hervorragend, vertrauensvoll und wertschätzend zusammen. Dieses gilt ausdrücklich auch für die einzelnen Fachfraktionen. Gemeinsam geht es eben besser!

Frank Mendack war und ist uns bei allem - so wie auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen- eine große Unterstützung. Für jede Frage waren er und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auch diesmal vertrauensvolle und kompetente Ansprechpartner. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten im Namen meiner Fraktion noch einmal sehr, sehr herzlich bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein bisschen bekümmert bin ich darüber, dass ich heute den Reigen der haushaltspolitischen Reden für diesen Etat eröffnen darf. Einerseits sicherlich eine große Ehre, die den Fraktionen ja rotationsmässig zuteil wird - andererseits hätte ich mich gefreut, das eine oder andere Wort meiner Kolleginnen und Kollegen kommentieren zu dürfen und zu können. Dieses bleibt mir zumindest an dieser Stelle heute teilweise verwehrt.

Dankenswerter Weise hat die FDP aber -tatsächlich- einen Antrag zur Sitzung eingebracht.

Ich weiß nicht, ob die Fraktion sich die Mühe gemacht hat, zu berechnen, welche finanziellen Auswirkungen ihr Vorschlag auf den diesjährigen Haushalt hätte. Vorsorglich helfe ich gerne:
Allein die geforderte Gewerbesteuersenkung um 80 Punkte auf dann 500 Prozentpunkte bedeutet statt knapp 165 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen dann nur noch 142 Mio Euro. Es ergibt sich ein Minus von 23 Millionen Euro!

Dazu quantifizierte Mehrausgaben- eine politische Bewertung will ich gar nicht anstreben- von 8,93 Millionen Euro...und das ohne Berücksichtigung der Tilgungen von 0,5 % der Gesamtaufwendungen, also zusätzlichen ca. 5 Millionen Euro.

Hinzu kommen weitere erhebliche Ausgaben und Aufgaben, die nicht einmal mehr quantifiziert werden.

In Summe ergeben sich also mindestens 32 Millionen Euro Haushaltsbelastungen – plus 5 Millionen Euro zusätzliche Tilgungen.

Lieber Peter, ich bin wirklich sehr gespannt auf deine heutige Haushaltsrede und die darin enthaltenen Deckungsvorschläge.

Und auch hier helfe ich - das von der FDP-Fraktion zu Tode gerittene Thema der Streichung der Maßnahme Neugestaltung Kaiserstraße wird nicht reichen, um einen Betrag von rund 37 Millionen Euro zu generieren.

Zum Abschluss möchte ich aber auch heute noch einmal jede und jeden einzelnen von uns ausdrücklich bitten. Auch wenn Sie dem Etat heute nicht zustimmen können: Werfen Sie einen Blick auf die vielfältigen positiven Entwicklungen in unserer Stadt. Nur wenn wir selbst von unserer -wunderschönen- Stadt überzeugt sind und sie nicht schlechter reden, als sie ist, können wir doch auch Andere von ihr begeistern.

Lassen Sie uns in politisch auf allen Ebenen herausfordernden Zeiten für unser liebens- und lebenswertes Mülheim an der Ruhr und für seine Bürgerinnen und Bürger zusammenstehen und das Beste für unsere Stadt erreichen.

Es gibt viel zu tun - als CDU-Fraktion bleiben wir dran, werden auf dem Erreichten aufbauen - und: Wir sind auf einem guten Weg!

Sehr herzlichen Dank!